

Pressemitteilung vom 14.11.2014

## **BUND zum Landesraumordnungsprogramm: Diese Panikmache ist schwer zu ertragen**

„Es ist offensichtlich kein Argument platt genug ist, um Stimmung zu erzeugen. Die Stellungnahme von Dr. Rinck, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Rotenburger Stadtrat, zum Entwurf des Landesraumordnungsprogramms und die angeblichen Folgen für Borchel ist ein unrühmliches Beispiel.“ So Manfred Radtke, Vorsitzender der BUND-Ortsgruppe Rotenburg.

Moore haben beim Klimaschutz eine ungemein wichtige Aufgabe. Obwohl weltweit nur 3 v. H. der Landfläche Moore sind, speichern sie doppelt so viel CO<sub>2</sub> wie alle Wälder dieser Erde zusammen. Darum wollen Bundesländer wie Niedersachsen und Bayern die wenigen noch vorhandenen Restmoore schützen. Trotz dieser enormen Bedeutung für den Klimaschutz hatte die frühere CDU/FDP-Landesregierung den Torfabbau auf 21.000 ha Moorfläche vorgesehen. Der BUND begrüßt daher ausdrücklich die Kehrtwende der jetzigen Landesregierung, im neuen LROP Moore als „Vorranggebiete für Torferhaltung und Moorentwicklung“ auszuweisen und damit neue Abbauverträge zu verhindern.

Radtke: „Diesen Richtungswechsel nehmen Landvolk und CDU zum Anlass für eine Kampagne, der Schutz der letzten Moorflächen würde zu einer zwangsweisen Wiedervernässung auch im Vorranggebiet Borcheler Moor führen. Es wird von ein Jurist wie Dr. Rinck allen Ernstes die Behauptung aufgestellt, die Landesregierung plane letztlich, Borchel unter Wasser zu setzen und die Arbeit der Landwirte zu gefährden. Diese Aussage ist derart absurd, dass sie eigentlich niemand ernst nehmen kann. Die Borcheler Landwirte zahlen Beiträge an den Unterhaltungsverband, damit dieser für einen ordnungsgemäßen Wasserabfluss sorgt. Sie haben einen Rechtsanspruch darauf, ihre landwirtschaftliche Tätigkeit zu betreiben. Die Landesregierung hat daher ausdrücklich klargestellt, dass die Entwicklung von Mooren nur gemeinsam mit den Eigentümern und niemals gegen sie erfolgen kann. Warum verschweigt Dr. Rinck das?“

Der BUND weist darauf hin, dass die CDU selbst im Kreistag schon vor vielen Jahren die Wiedervernässung von Mooren beschlossen hat. Nachzulesen im Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises Rotenburg. Allerdings nur, soweit landwirtschaftliche Flächen nicht betroffen sind. Nichts anderes will die jetzige Landesregierung.

Für den BUND ist klar, dass es bei der jetzigen Stimmungsmache nicht um eine angebliche Wiedervernässung geht. Es geht um eine Kampagne gegen die Landwirtschaftspolitik der jetzigen Landesregierung und speziell den zuständigen Minister. Keine millionenschwere Subventionen mehr für Riesenschlachthöfe, sondern stärkere Förderung bäuerlicher Betriebe. Kein Ausverkauf von Mooren an die Torfindustrie, sondern Moor- und damit Klimaschutz. Und genau dieser Kurswechsel ist der CDU und anderen ein Dorn im Auge. Dass die CDU im Landtag die Moorschutzpläne stoppen will, spricht Bände.

2.

Radtke: „Enttäuscht ist der BUND auch über die Haltung der Stadt Rotenburg. Wir hätten erwartet, dass die Verwaltung einer Kreisstadt in der Lage ist sachlich darüber zu informieren, dass eine Wiedervernässung von Flächen gegen den Willen der Eigentümer rechtlich ausgeschlossen ist. Wir hatten nicht damit gerechnet, dass stattdessen die Angstkampagne unterstützt wird.“

